

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration am Dienstag, dem 23.05.2023 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesenheit:CDU-Kreistagsfraktion

Bolte, Rainer
Danielczyk, Ralf
Egger, Hans-Peter
Haselkamp, Anneliese
Lenter, Andreas
Merschhemke, Valentin
Merten, Michael
Mondwurf, Günter
Schulze Entrup, Antonius
Wenning, Thomas, Dr.
Wobbe, Ludger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Mühlenbäumer, Sarah
Raack, Mareike
Vogelpohl, Norbert
Volkhardt, Lotte
Wiederkehr, Rolf

SPD-Kreistagsfraktion

Postruschnik, Anja
Schäpers, Margarete
Verspohl, Monika
Vogt, Hermann-Josef

FDP-Kreistagsfraktion

Schäfer, Sabine

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Schmitz, Wilfried

beratende Mitglieder

Bünder, Doris (Teilhaber)

Vertreter der kath. Kirche

Helmich, Benedikt

Vertreter der ev. Kirche

Hirse Korn, Dirk

Vertretung der Verwaltung

Schütt, Detlef
Twilling, Gregor
Mohring, Wilfried
Beck, Stephan
Grams, Marion
Meißner, Marvin
Schröer, Timo (Schriftführung)

Gäste (öffentlicher Teil)

Sonderschulrektor Hessing
Schulleiter der Pestalozzischule
Sonderschulrektorin Marre
Schulleiterin der Peter-Pan-Schule
Oberstudiendirektor Schneider
Schulleiter des Pictorius-Berufskollegs
Studiendirektorin Tekstra
stellv. Schulleiterin des Richard-von-Weizsäcker-Berufskollegs
Oberstudiendirektor Tews
Schulleiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskollegs
Sonderschulrektorin Willems
Schulleiterin der Steverschule

Die Ausschussvorsitzende Margarete Schäpers eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Sachstandsbericht Betreuung Geflüchteter im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0876
- 2 Förderung von Sprach- und Qualifizierungsangeboten für Erwachsene mit Einwanderungsgeschichte
Vorlage: SV-10-0879
- 3 Sprachmittlerpool des Kommunalen Integrationszentrums – Einschränkungen im Gesundheitsbereich
Vorlage: SV-10-0897
- 4 Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0898
- 5 Bericht über die Budgetierung der Berufskollegs des Kreises Coesfeld für das Jahr 2022
Vorlage: SV-10-0899
- 6 Bericht Umsetzung der schulischen Digitalisierung
Vorlage: SV-10-0900
- 7 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es erfolgten keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates und keine Anfragen der Ausschussmitglieder im nichtöffentlichen Teil.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-0876

Sachstandsbericht Betreuung Geflüchteter im Kreis Coesfeld

Dezernent Schütt stellt die aktuellen Zahlen zur Betreuung Geflüchteter in den Rechtskreisen AsylbLG, SGB II und SGB XII vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Zuletzt sei nur noch ein mäßiger Anstieg von Personen mit Fluchthintergrund im Sozialleistungsbezug festzustellen. In Bezug auf die Ukraine sei die Zahl sogar leicht zurückgegangen.

Die Warteliste für die Teilnahme an einem Integrationskurs sei mit aktuell 270 Personen weiterhin lang. Zur Thematik der Sprachförderung wird auch auf TOP 2 verwiesen.

Ausschussvorsitzende Schäpers bedankt sich bei Dezernent Schütt für die Präsentation.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-0879

Förderung von Sprach- und Qualifizierungsangeboten für Erwachsene mit Einwanderungsgeschichte

Die Ausschussvorsitzende Frau Schäpers übergibt das Wort an Herrn Mohring, Leiter des Regionalen Bildungsbüros und des Kommunalen Integrationszentrums beim Kreis Coesfeld.

Herr Mohring verweist darauf, dass die in der Sitzungsvorlage behandelte Thematik bereits bei der letzten Sitzung des Ausschusses in der Steverschule in Nottuln am 02.03.23 Thema gewesen sei. Sprachkompetenz in Wort und Schrift sei der grundlegende Schlüssel für die soziale und berufliche/schulische Integration. Vor diesem Hintergrund beabsichtige die Verwaltung, Defizite beim Zugang zu allgemein verfügbaren Sprachförderangeboten, wie beispielsweise den Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), genau zu beleuchten und Angebotslücken aufzudecken.

Hierfür bitte die Verwaltung um einen Prüfauftrag durch den Ausschuss in Form des vorliegenden Beschlussvorschlags.

Insbesondere in einem Flächenkreis wie dem Kreis Coesfeld zeigten die Erfahrungen der letzten Jahre, dass die vorhandenen Angebote teilweise nicht oder nur in unzureichender Form umgesetzt werden könnten.

Ktabg. Dr. Wenning hält das vorgeschlagene Vorgehen für richtig. Eine eingehende Bedarfsanalyse könne die Lücken im System aufzeigen, danach sei dann über die Kosten zu sprechen.

Ktabg. Verspohl spricht für die Initiative ein Lob an die Verwaltung aus. Auch sie halte das Vorgehen für richtig. Die langen Wartezeiten, insbesondere im Bereich der Sprachkurse, führten in einigen Fällen auch zu psychischen Problemen bei den Betroffenen. Dies sollte unbedingt verhindert werden.

Ktabg. Mondwurf schließt sich dem Lob an und stellt die Frage, ob zu erwarten sei, dass ausreichend Lehrkräfte für mögliche kreiseigene Kurse gewonnen werden können.

Herr Mohring erläutert, dass die Klärung dieser Frage Teil der Bedarfsanalyse sein soll. Die Ansprüche an Lehrkräfte in BAMF-Kursen seien sehr hoch, ggf. könne man durch eine Senkung der Maßstäbe mehr Lehrkräfte akquirieren.

Dezernent Schütt ergänzt, dass in Zusammenarbeit mit dem Schulamt bereits ermittelt werde, ob ehemalige Lehrkräfte bereit sind, eine solche Maßnahme mit zu unterstützen.

Ktabg. Schäfer sieht die Initiative der Verwaltung auch positiv. Der Bedarf sei unbestreitbar und es sei sinnvoll, die hohen Ansprüche des BAMF ein wenig zu reduzieren. Wichtig sei, dass neben den Ukrainer/innen auch andere Zugewanderte, die ebenfalls bereits lange auf einen Sprachkurs warten, Berücksichtigung finden.

Ktabg. Mühlenbäumer fragt, ob bei der Planung auch die Nutzung von Sprach-Apps vorgesehen sei.

Ktabg. Schmitz gibt zu Bedenken, dass die Frage nach geeigneten Räumlichkeiten für weitere Kurse ebenfalls geklärt werden müsse.

Herr Mohring sichert zu, dass die Einwände der Ausschussmitglieder bei der Bedarfsanalyse berücksichtigt würden.

Ktabg. Dr. Wenning bittet darum, erst die Ergebnisse der Erhebung abzuwarten und danach ggf. auftretende Probleme zu diskutieren.

Ausschussvorsitzende Schäfers lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den kreisweiten Bedarf an Sprach- und Qualifizierungsangeboten für Erwachsene mit Einwanderungsgeschichte zu erheben und ggf. ein bedarfsgerechtes Fördermittelkonzept zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	22
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-0897

Sprachmittlerpool des Kommunalen Integrationszentrums – Einschränkungen im Gesundheitsbereich

Dezernent Schütt erklärt, dass die Verwaltung die Sitzungsvorlage mit der Absicht erstellt habe, die Ausschussmitglieder nochmals eingehender über die Gründe für die Einschränkungen im Sprachmittlerpool ab dem 01.04.23 zu informieren.

In der Vergangenheit sei mit der nahezu uneingeschränkten Vermittlung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Gesundheitswesen ein Standard gesetzt worden, der in der Umgebung einzigartig war und nun nicht mehr so gehalten werden könne. Die Konkretisierung der Landesrichtlinien für den Aufbau eines Sprachmittlerpools schließe dies aus. Außerdem seien die Mittel aus der Integrationspauschale (Zuweisung des Bundes nach § 14c TIntG) aufgebraucht, weshalb über diese Mittel ebenfalls keine Finanzierung von Sprachmittlereinsätzen mehr stattfinden könne.

In Zukunft müsse auf andere Möglichkeiten zurückgegriffen werden, Dolmetscherleistungen im Gesundheitsbereich in Anspruch zu nehmen. Dezernent Schütt verweist hierzu insbesondere auf den aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene, in dem die Absicht niedergelegt ist, Dolmetscherleistungen als Teil des SGB V anzuerkennen. Außerdem habe die Verwaltung eine Übersicht mit alternativen Unterstützungsmöglichkeiten in der Sprachmittlung erstellt.

Ktabg. Verspohl bringt ihr Bedauern über die Entscheidung zum Ausdruck. Der Kreis habe in der Vergangenheit im Vergleich zu anderen Kommunen vorbildlich gehandelt und einen hohen Standard gesetzt. Mit der Neuregelung würden unweigerlich Menschen durchs Raster fallen. Sie wünsche sich, dass das Thema weiter im Fokus bleibt und nach alternativen Möglichkeiten zur Finanzierung gesucht wird.

Ktabg. Merschhemke schließt sich der Vorrednerin an. Die unbürokratische Auslegung habe in der Vergangenheit zu einer großen Erleichterung der Arbeit mit Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse im Gesundheitsbereich, insbesondere auch bei psychotherapeutischen Angeboten, geführt. Er bittet um Auskunft, inwieweit der Kreis auf Landes- oder Bundesebene noch Einfluss auf die Frage der Kostenübernahme nehmen könnte.

Dezernent Schütt verweist auf die in der Koalitionsvereinbarung dargestellte Absicht, die Dolmetscherleistungen im SGB V zu verankern. Auf Landesebene sei eine Änderung der aktuellen Richtlinien allerdings nicht zu erwarten.

Ktabg. Mühlenbäumer bittet um eine Erläuterung, warum in der Sitzungsvorlage die Anfragen für den Sprachmittlerpool gezählt werden und nicht die tatsächlichen Einsätze.

Herr Schröder antwortet, dass jede Anfrage Arbeitsaufwand verursache, weshalb für die Statistik zuerst die Zahl der Anfragen erfasst werde. Ca. 90 % der Anfragen würden auch zu einem Einsatz führen.

Ausschussvorsitzende Schäpers erklärt abschließend, dass das Thema Dolmetschen im Gesundheitsbereich in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen werden müsse. Auch mit den Kliniken sollte der Kontakt gepflegt werden, um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu finden.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-0898

Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements im Kreis Coesfeld

Herr Mohring stellt den Ausschussmitgliedern anhand einer Präsentation den aktuellen Stand zur Landesinitiative Kommunales Integrationsmanagement (KIM) vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht, das Bürgergeld und die Fachkräfteeinwanderung seien aktuelle Herausforderungen mit denen sich auch das Kommunale Integrationsmanagement befasse. Die vom Land zur Verfügung gestellten Stellen seien beim Kreis Coesfeld mittlerweile größtenteils besetzt. Insgesamt seien drei Koordinierungskräfte und 6 Case Managerinnen und Case Manager eingestellt worden. Weitere 6 Case Management-Stellen seien bei den kreisangehörigen Kommunen eingerichtet worden. Bis Ende Juli 2023 solle ein Großteil dieser Stellen besetzt sein. Es bestehe ein enger Austausch mit den Anstellungsträgern, um ein gemeinsames Modell für die zukünftige Arbeit zu entwickeln. Die Fachaufsicht für die kommunalen Case Managerinnen und Case Manager liege beim Kommunalen Integrationszentrum.

Die konzeptionelle und fachliche Begleitung erfolge durch verschiedene Begleitgremien, unter anderem eine Steuerungsgruppe, eine Koordinierungsgruppe sowie eine AG Querschnitt. Ziel von KIM sei neben einer bestmöglichen Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer auch die Identifizierung von sogenannten generativen Themen, also strukturellen Problemlagen, die Einfluss auf besonders viele Einzelfälle haben. Zur Identifizierung dieser Themen sei ein fünfstufiges Treppenmodell zur Fallbearbeitung entwickelt worden. Bis Ende 2023 solle außerdem ein Case Management-Konzept unter Beteiligung aller relevanten Akteure erstellt werden.

Ktabg. Dr. Wenning erinnert nach Ende der Präsentation daran, dass bei der Beschlussfassung für die Umsetzung von KIM vor zwei Jahren eine der wichtigen Voraussetzungen gewesen sei, dass keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Dies sei den beteiligten Akteuren bisher gut gelungen. Er bittet um Auskunft, wie hoch der ungefähre Eigenanteil an den Personalkosten der Beschäftigten in KIM sei.

Herr Schröder antwortet, dass der Eigenanteil an den Personalkosten vor dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst bei ca. 7.000 – 10.000 € pro Stelle gelegen habe. Durch den Tarifabschluss werde sich der Anteil nochmals erhöhen.

Dezernent Schütt betont die Wichtigkeit, keine Doppelstrukturen zu schaffen. Die Aufgabenbereiche der verschiedenen Institutionen im Bereich Integration seien klar zu definieren.

Ktabg. Wobbe fragt, ob Menschen mit Einwanderungsgeschichte unabhängig vom Herkunftsland, also auch EU-Bürger, von KIM profitieren könnten.

Herr Mohring bestätigt, dass die Zielgruppe von KIM Menschen mit Einwanderungsgeschichte unabhängig vom Herkunftsland seien. Im KI gebe es auch einen Arbeitsbereich mit dem Schwerpunkt der Zuwanderung aus Südosteuropa.

Ausschussvorsitzende Schäpers bedankt sich bei Herrn Mohring für die Präsentation. Der in KIM erzielte Fortschritt seit dem Beschluss zur Umsetzung sei beeindruckend.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-0899

Bericht über die Budgetierung der Berufskollegs des Kreises Coesfeld für das Jahr 2022

Der vorliegende Bericht wird von den Ausschussmitgliedern wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Fragen oder Bedenken werden nicht geäußert.

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-0900

Bericht Umsetzung der schulischen Digitalisierung

Herr Beck, Leitung der Abteilung Personal und Organisation, stellt in einer Präsentation einen Bericht der Schul-IT für die kreiseigenen Förderschulen und Berufskollegs vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann über das Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Der IT-Support teilt sich in First-, Second- und Third-Level-Support auf, wobei der First-Level-Support direkt durch die Schule, der Second-Level-Support durch die Schul-IT der Kreisverwaltung und der Third-Level-Support durch externe Dienstleister erfolgt.

Durch gemeinsame technische Standards sei eine einheitliche Kommunikation zwischen den Schulen und der Schul-IT möglich, die zu schnelleren und besseren Lösungen führe.

Ktabg. Mondwurf bedankt sich für die Präsentation und stellt die Frage, ob es ein Service-Level-Agreement (SLA) zwischen den Schulen und der Schul-IT gebe. Außerdem bittet er um Auskunft, ob es bereits unberechtigte externe Zugriffe auf die Systeme gegeben habe.

Herr Beck erläutert, dass es kein formalisiertes SLA gebe.

Herr Meißner, IT-Mitarbeiter beim Kreis Coesfeld, ergänzt, dass eine Rückmeldung auf Service-Anfragen i.d.R. am selben Tag erfolge. Lediglich bei schwerwiegenderen Problemen sei die Bearbeitungszeit ggf. etwas länger. Zu den unberechtigten Zugriffen erläutert Herr Meißner, dass Versuche bereits festgestellt und der entsprechenden Schule mitgeteilt worden seien.

Ktabg. Dr. Wenning bittet die anwesenden Schulleitungen um eine Einschätzung zur Zusammenarbeit mit der Schul-IT.

Herr Schneider, Schulleitung des Pictorius-Berufskollegs richtet einen ausdrücklichen Dank an die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IT aus. Man könne sich auf die Unterstützung verlassen. Er gibt auch zu bedenken, dass die IT sehr viel zu tun habe und ggf. zusätzliche Entlastung benötigen könnte.

Frau Marre, Schulleitung der Peter-Pan-Schule, bestätigt die hervorragende Zusammenarbeit mit der Schul-IT.

Ausschussvorsitzende Schäpers regt an, eine mögliche Entlastung der IT zu prüfen.

Herr Twilling, Leitung der Abteilung Schule, Bildung und Kultur, stellt anhand einer Präsentation die Umsetzung des Digitalpakts und verschiedener Sonderprogramme an den kreiseigenen Schulen dar. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Die flächendeckende Digitalisierung der Schulen sei als langfristiges Ziel im Jahr 2020 begonnen worden und seitdem habe sich bereits viel getan. Hervorzuheben sei insbesondere das hervorragende Engagement der beteiligten Lehrkräfte, der Schul-IT und der Schulverwaltung bei der Umsetzung. Herr Twilling stellt verschiedene Förderprogramme vor, aus denen die Digitalisierung der Schulen finanziert in den letzten Jahren finanziert wurde. Die Details können der Präsentation entnommen werden.

Ausschussvorsitzende Schäpers bedankt sich nach Ende der Präsentationen bei Herrn Beck und Herrn Twilling für die gewonnenen Einblicke.

TOP 7 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Es erfolgten keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates.

TOP 8 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Als Tischvorlage wurde eine Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion zu aktuellen Schülerzahlen der kreiseigenen Förderschulen sowie gestellter und abgelehnter/genehmigter AOSF-Anträge der letzten 5 Jahre ausgelegt.

Die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Ktabg. Schäfer bezieht sich auf die Anfrage und erläutert, dass diese gestellt worden sei, um den aktuellen Stand der Dinge an den kreiseigenen Förderschulen, insbesondere im Hinblick auf geringe Schülerzahlen, zu erfragen. Sie wünsche sich für die nächste Ausschusssitzung im September einen The-

menschwerpunkt „sonderpädagogische Förderung“. Sie bedankt sich für die in der Tischvorlage vorgelegten Zahlen, bittet aber auch um Bedenkzeit zur genaueren Sichtung der Unterlagen.

Dezernent Schütt sichert zu, dass in der Ausschusssitzung im September intensiver auf das Thema eingegangen werde. Bis dahin hätten alle Ausschussmitglieder die Möglichkeit, die Unterlagen genauer zu sichten. Neben den Zahlen sei auch eine Übersicht zum genauen Ablauf eines AOSF-Verfahrens beigefügt worden.

Ktabg. Schäfer bittet um Auskunft, auf welchen Zeitraum sich die Angaben in der AOSF-Statistik beziehen.

Dezernent Schütt erläutert, dass die Zahlen sich jeweils auf das Kalenderjahr beziehen würden. Aus den Zahlen könnten keine direkten Rückschlüsse auf die Schülerzahlen gezogen werden. Er sichert zu, dass die Statistik zur nächsten Sitzung nochmals aktualisiert und anschaulicher dargestellt werde.

Die zweite Tischvorlage beinhaltet eine Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht hierbei um die Umsetzung des Deutschland-Tickets an den Schulen im Kreis Coesfeld.

Die Anfrage ist der Niederschrift beigefügt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Ktabg. Vogelpohl bittet die Verwaltung um Auskunft, wie die zukünftige Umsetzung im Kreis Coesfeld geplant sei, nachdem die Landesregierung beschlossen hatte, dass Schülerinnen und Schüler das Deutschland-Ticket zukünftig für 29 Euro erwerben können.

Dezernent Schütt erklärt, dass die Umsetzung im Detail aktuell noch unklar sei. Es fänden Abstimmungsgespräche mit den Städten und Gemeinden sowie den Nachbarkreisen statt, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten und einen Flickenteppich möglichst zu vermeiden. Im Übrigen verweist er auf die kommende Sitzung des Kreisausschusses, wo das Thema nochmals besprochen werden soll.